

Einblicke

Stätten des Lernens

Von Klaus Wowereit

Mit dem Jüdischen Museum in Berlin habe Deutschland „ein moralisches Recht erworben, zu den Wortführern im weltweiten Kampf gegen Rassismus, für religiöse Toleranz und für die Rechte aller Minderheiten zu gehören“. Diese letzten Sätze der großartigen Rede des Museumsdirektors Michael Blumenthal zur Einweihung des Hauses haben einen Nachhall verdient. „Ich hoffe“, so schloss Blumenthal, „die Bundesrepublik übernimmt diese Rolle mit Energie und Geschlossenheit. ... Bescheidene Zurückhaltung auf diesem Gebiet ist jetzt nicht mehr am Platz.“

Das ist Mahnung und Auftrag zugleich. Erinnerung an den Holocaust ist wichtig. Wichtiger aber ist, dass es eine viel längere und umfassende Geschichte der Juden in Deutschland gibt. Ihr Leben und Wirken ist Teil unserer nationalen Identität. Davon zeugt dieses Museum.

Die Erinnerung an das schrecklichste Kapitel der deutschen Geschichte zu bewahren, ist Voraussetzung für die Gestaltung des Zusammenlebens von Juden und Nicht-Juden. Dazu gehört auch sorgsamer Umgang mit der Sprache. Solange von „Deutschen und Juden“ gesprochen wird und die deutschen Juden damit aus der Zugehörigkeit zu unserer Gesellschaft herausdefiniert werden, bleibt viel Bewusstseinsarbeit zu leisten.

In Berlin wird es einen Dreiklang des Gedenkens, des Erinnerns und des Lernens geben. Neben dem Jüdischen Museum, diesem einzigartigen Bau von Daniel Libeskind, entstehen das Mahnmal für die ermordeten Juden Europas und die Topografie des Terrors. Außerdem werden Gedenkstätten für die verfolgten und ermordeten Sinti und Roma sowie die homosexuellen Opfer der NS-Diktatur vorbereitet. Wenn wir das alles geschaffen und geschafft haben, werden Blumenthals eindringliche Worte für uns ihren Sinn bekommen. Vielleicht können wir eines Tages tatsächlich so selbstbewusst sein und eine Rolle als Wortführer einnehmen. Doch bis dahin sollten wir lieber bescheiden bleiben.

Der Autor ist Regierender Bürgermeister von Berlin

Kampf dem System

Rechtsextremisten in Deutschland und den USA rechtfertigen die verheerenden Terroranschläge.

Seite 2 ■

Revolutionäre Kader

In der NPD formiert sich die innerparteiliche Opposition gegen die Führungsspitze.

Seite 4 ■

Tarnorganisation

Von der NPD unterwanderte Greifswalder Schülerinitiative verbreitet ihre Agitation unter Jugendlichen.

Seite 6 ■

Babij Jar vor 60 Jahren

Bei einem Massaker nahe der ukrainischen Stadt Kiew ermordeten SS-Truppen am 29. September 1941 mehr als 33 000 Juden.

Seite 8 ■

Zum Mitmachen

Junge Menschen in Sachsen-Anhalt betreiben an Schulen Aufklärungsarbeit gegen Rechts.

Seite 10 ■

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöff
Redaktion: Gabriele Nandlinger

Hintergrund**„Arische Revolution“****Rechtsextreme in Deutschland und den USA rechtfertigen die Terror-Anschläge**

„Die Friedensmission der Arabischen Union wurde am 11.09.2001 erfolgreich zu Ende geführt“ hieß es am 12. September in einem Eintrag von „Radio Neues Germanien“ im Onlineforum des Nationalen Info-Telefons (NIT) in Reaktion auf die verheerende Terrorwelle, die tags zuvor New York und Washington heimgesucht hatte. Während alle Hinweise auf eine Täterschaft islamistischer Fundamentalisten hindeuten, solidarisieren sich Rechtsextremisten in den USA als auch in Deutschland mit den Attentätern beziehungsweise rechtfertigen deren mutmaßlichen Motive. So ließen es sich die Jungen Nationaldemokraten „Nordost“ und die „Kameradschaft Tor“ nicht nehmen, noch am Tag des Attentats in der Nähe der amerikanischen Botschaft in Berlin mit einem Transparent „Für die Freiheit aller Völker“ zu agitieren. In einer offiziellen Stellungnahme der NPD vom 13. September heißt es: „Mit der Aktion sollte gleichsam gegen Staatsterrorismus und Imperialismus protestiert sowie an die Verletzung zahlreicher UNO-Resolutionen durch die USA erinnert werden. Zwei Tage später wird betont: „Im Gegensatz zum Betroffenheitskult der Medien stellen nationalistische Gruppen und Parteien die jüngste Eskalation der Gewalt in den Kontext einer durch die USA betriebenen verbrecherischen Außenpolitik“.

Noch tiefer in die Abgründe antijüdischer Verschwörungstheorien führen Auslassungen auf den Webseiten des „Deutschen Kollegs“, für die Horst Mahler verantwortlich zeichnet. Hier markieren die Anschläge „das Ende des Amerikanischen Jahrhunderts, das Ende des globalen Kapitalismus und damit das Ende des weltlichen Jahwe-Kultes, des Mammonismus“. Weiter argumentiert der Text, der mittlerweile vom Netz genommen wurde, dass die Terrorakte nichts anderes als Akte der Selbstverteidigung von den Vereinigten Staaten unterdrückter Völker seien: „Dieser Kleinkrieg ist ein Befreiungskrieg und als solcher ein Weltkrieg, weil der Feind der Völker die Welt beherrscht“.

Ähnlich äußern sich amerikanische Rechtsextremisten, die den Grund für die Anschläge in einer einseitigen pro-israelischen Außenpolitik der USA

sehen. Matt Hale, Pontifex Maximus der World Church of the Creator (WCOTC) ließ in einer Presseerklärung verlauten: „Wir rufen alle Weißen auf, gegen die Außenpolitik dieser Regierung zu protestieren. Wir rufen alle Weißen auf, das Ende aller Hilfeleistungen für Israel zu fordern. Wir verlangen die Befreiung dieses Landes von der Manipulation der Juden, die solche schrecklichen Konsequenzen hatte“. (Übersetzung aus dem Original.)

■ Die Ideologie der Delegitimation ■

Im Lichte dieser Äußerungen drängt sich die Frage auf, ob auch Rechtsextremisten in der Lage gewesen wären beziehungsweise sind, eine solche Terrorwelle zu entfachen. Wie der Bombenanschlag von Oklahoma City im April 1995 gezeigt hat, verfügen Rechtsextremisten in den USA sowohl über die Ideologie als auch über den Fanatismus, eine große Anzahl „ziviler“ Opfer in Kauf zu nehmen. Hierzu ist es allerdings unerlässlich, einen Prozess der Delegitimation zu durchlaufen, an deren Ende eine totale Ideologisierung des Konfliktes mit der als tyrannisch empfundenen „Zionistisch Okkupierten Regierung“ (Zionist Occupied Government; kurz: ZOG) stattfindet und diese absolute Gegnerschaft auf jedes dem „System“ zugerechnete Individuum ausgeweitet wird. Dieser Prozess der Depersonalisierung und Dehumanisierung macht es möglich, sich an Gewalttaten gegen Individuen zu beteiligen, dies aber als notwendigen Schlag gegen ZOG vor sich selbst und vor anderen rechtfertigen zu können. Schlussendlich manifestiert sich diese Legitimitätskrise in systematischer Gewalt beziehungsweise Terrorismus. Es entwickelt sich mehr und mehr eine durch die rechtsextreme Ideologie forcierte und mit ihr verwobene Eigenlogik, in der Gewalt als das einzige Mittel des Widerstandes und zur Erreichung der eigenen Ziele angesehen wird. Hierbei „füttert“ die Ideologie sozusagen die auf den Stufen der Radikalisierung aufsteigenden Personen ständig. In diesem Sinne ist es dann nicht mehr entscheidend, ob die USA als „zionistisch okkupiert“ oder als „großer Satan“ angesehen werden, das World Trade Center gilt in beiden Fällen als überragendes Symbol der „mammonistischen Welt-herrschaft“, wie es im Text des Deutschen Kollegs heißt: „Die militärischen Angriffe“ auf diese Symbole sind, „weil sie vermittelt durch die Medien den Widerstandsgeist der Völker beleben und auf den Hauptfeind ausrichten – eminent wirksam und deshalb rechters“. Deutlicher kann die Ideologie der Delegitimation nicht ausgedrückt werden.

Aktionen, wie die von WCOTC-Mitglied Benjamin Smith, bei dessen Amoklauf im Juli 1999 zwei Menschen umkamen, oder die von Aryan Nations-Sicherheitschef Buford Furrow im August 1999, der einen jüdischen Kindergarten in Los Angeles stürmte und eine Person erschoss, setzen sich gerade wegen des mangelnden Erfolges organisierter rechtsterroristischer Gruppen innerhalb der amerikanischen extremen Rechten durch.

Welches Gewaltpotenzial dem amerikanischen Rechtsextremismus innewohnt, zeigen auch fehlgeschlagene Pläne zu Gewalttaten und Anschlägen. Im Jahre 1988 wurde ein Plan von dem Christian Identity-Umfeld zuzurechnenden Rechtsextremisten zur Vergiftung des Trinkwassers von New York und Washington, DC mit schon bereitstehenden 30 Gallonen Cyanid aufgedeckt. 1995 wurde die – in den USA völlig legale – Lieferung von Pest-Erregern (*Yersinia pestis*) an den Mikrobiologen Larry Wayne Harris, Ex-Mitglied der Aryan Nations, im letzten Moment gestoppt. Im Jahre 1996 erhielten als Militia-Mitglieder auftretende FBI-Agenten von zwei Litauern Flugabwehrraketen und taktische Nuklearwaffen aus dem Bestand der ehemaligen Sowjetarmee zum Kauf angeboten.

■ Alle Mittel im Kampf erlaubt ■

In einschlägigen Publikationen wie dem Roman „The Turner Diaries“ des National Alliance-Führers William Pierce wird die Sakralisierung der Gewalt besonders deutlich. In diesem zu Recht als „rechtsextreme Bibel“ bezeichneten Roman nimmt die „arische Revolution“ ihren Anfang in einem Bombenattentat auf das Hauptquartier des FBI und erlebt ihren Höhepunkt im so genannten „Day of the Rope“, an dem zehntausende Menschen mit Schildern wie „Ich habe meine Rasse verraten“ an Straßenrändern aufgehängt werden. Nach einem nuklearen Bürgerkrieg und einer „mopping-up period“ (Tötung aller „nicht-Weißen“), ist die gesamte Welt am Ende des Romans „arisch“, das Blutvergießen „hat sich gelohnt“. Die kompromisslose Stellung zu Gewalt – als einzige Lösung des Problems der empfundenen fundamentalen Unterdrückung der „arischen Rasse“ durch ZOG – ist der extremen amerikanischen Rechten inhärent. Gewalt wird als von außen aufoktroyierte letzte Ressource im Kampf ums Überleben gesehen.

Der inzwischen in Haft sitzende Herausgeber des „Nationalist Observers“ Alex Curtis hat die Visi-

on einer zweistufigen revolutionären Bewegung: Stufe eins ist legalistisch und damit betraut, „diversive und subversive“ Propaganda zu verbreiten, die die Stufe zwei, den Untergrund, lenken soll. Diese Stufe zwei besteht aus so genannten „einsamen Wölfen“ („lone wolfs“, vgl. BNR 21/00), rassistischen Kämpfern, die allein oder in Kleingruppen mit täglichen anonymen Gewalttaten langsam Infrastruktur und Autorität der verhassten Regierung untergraben. Curtis ist sich sicher, dass es zu Gewalt kommen wird, da „die Regierung, die uns und unsere Nation okkupiert, skrupellos und blutig unsere Rasse ermordet“. Er sieht sich selbst als Propagandist, der die Saat der „arischen Revolution“ aussäht, die eines Tages von „lone wolfs“ geerntet werden wird. Erlaubt sind in diesem Kampf alle Mittel, einschließlich biologischer und chemischer Waffen: „Tausend Timothy McVeighs würden dieser rassistisch korrupten Gesellschaft jede Stabilität entziehen“, schreibt Curtis. Die Titelseite der Juni 2000-Ausgabe seines inzwischen vom Netz genommenen „Nationalist Observer“ mit der Überschrift „Biologie für Arier“ bot eine detaillierte Gebrauchsanweisung zur Herstellung und zum Einsatz von hochgiftigen Substanzen wie Milzbranderreger und Typhuskulturen an. Curtis weist auf das günstige „Preis-Leistungs-Verhältnis“ hin, da mit relativ geringen Kosten relativ vielen „Feinden“ der Garaus gemacht werden könne.

In der Zeitschrift „Media Bypass“ verurteilte Timothy McVeigh im Mai 1998 während seiner Haftzeit die Doppelmoral der Bundesregierung wie auch der amerikanischen Öffentlichkeit, die dem Militäreinsatz gegen den Irak zustimmen, jedoch den Bombenanschlag in Oklahoma City verurteilen: „... wenn man der Bombardierung ausländischer Ziele durch das US-Militär moralisch zustimmt, dann stimmt man auch dem moralisch ähnlich gelagerten Bombenanschlag von Oklahoma City zu. Der einzige Unterschied ist, dass die Nation keine ausländischen Opfer auf der Titelseite von 'Newsweek' sehen wird“.

Die Beispiele mögen verdeutlichen, dass der „Heilige Rassenkrieg“ („Racial Holy War“), wie der Schlachtruf der WCOTC lautet, Terrorakte von der Dimension der am 11. September verübten hervorbringen könnte.

Im dem oben zitierten Text des Deutschen Kolleg heißt es: „Die Sache der Völker steht gut. Vor die Wahl gestellt, zu kämpfen oder unterzugehen, werden sie den Kampf wählen und siegen ...“.

Thomas Grumke

Aktivitäten**Schulterschluss**

Die innerparteiliche Opposition in der NPD formiert sich. Besonders verhasst ist den Dissidenten die Führungsspitze.

Deutlicher als in Leipzig am 1. September konnte wohl nicht werden, dass dem Parteivorstand der NPD die eigene Partei aus der Hand gleitet. Gut 1500 Neonazis demonstrierten durch die Innenstadt und kamen nur wenige hundert Meter weit, da dann der Zug wegen massiver Verstöße gegen die Auflagen durch die Polizei für aufgelöst erklärt wurde. Dass es dann noch mehrere Stunden dauerte, bis dies durchgesetzt wurde und die Neonazis zum Bahnhof sogar marschieren konnten, gehört zu den unerfreulichen Fakten des Tages. Die Medienöffentlichkeit allerdings war dem Aufruferkreis sicher, somit ein wesentliches Ziel erreicht.

Das zweite Ziel bestand in einer Demütigung des NPD-Parteivorstandes. Und auch dieses Vorhaben wurde umgesetzt. Die NPD hatte nämlich, in deutlicher Konkurrenz zu den Freien Nationalisten und den mit ihnen verbündeten Kräften innerhalb der NPD, für den 1. September ursprünglich eine Demonstration des Landesverbandes Thüringen in Weimar vorgesehen. Diese wurde wegen der starken Gegenmobilisierung wenig später abgesagt. Sowohl der stellvertretende Parteivorsitzende Jürgen Schön (Sachsen) als auch der thüringische Landesvorsitzende Frank Schwerdt hatten sich gegen dieses Zurückweichen ausgesprochen. „Peinlicher geht's kaum noch!“, kommentiert der „Unabhängige Rundbrief“, der faktisch das Organ der offen neonazistischen NPD-Fraktion Revolutionäre Plattform (RPF) darstellt und durch den früheren Landesvorsitzenden Sachsen-Anhalts, Steffen Hupka, verantwortet wird. Ein Kommentar in dem Blatt schließt gar mit den Worten: „Ja! Zum NPD-Verbot. Wegen Feigheit und Verrat!“

Innerhalb der Revolutionären Plattform wird allerdings vorläufig noch auf eine andere strategische Option gesetzt. Im ungezeichneten, nach Stil und Diktion wahrscheinlich von Hupka verfassten Leitartikel „Schafft die Revolutionäre Partei!“ wird der Aufbau einer „revolutionären Kaderorganisation“ gefordert. Mit vernichtender Kritik wird festgestellt: „Die NPD hat zwar viele Aktivisten aufzuweisen, die aber keinen funktionierenden Par-

teipparat hinter sich wissen. Weder ausreichend ausgebildete (geschulte) Menschen, noch Material (sprich Geld, Logistik usw.) stärkt die Reihen der Aktivisten, die sich somit immer wieder aufs neue aufreiben.“ Und offen drohend fährt der Autor fort: „Diese Zustände, sowie eine unentschlossene und politisch nicht überzeugte Führung, rufen bei einem Teil der Aktivisten Proteste hervor, die sich zu einem Aufstand ausweiten werden, wenn die Parteiführung so weiter macht.“ Besonders verhasst aus der NPD-Führung ist den Dissidenten „die Gruppe Voigt, Eisenecker, Eigenfeld, Apfel usw.“, die, wie der ehemalige SS-Mann Heinz Mahncke im „Unabhängigen Rundbrief“ ausführte, „die Partei in eine geistige Wirrnis geführt hat, wie sie in der NPD seit ihrer Gründung nicht bestanden hat.“ Die umfassende Verurteilung des gegenwärtigen NPD-Kurses, da dieser eine Distanzierung vom Nationalsozialismus beinhalte, führt schließlich zu Mahnckes Aussage: „Wer geistig unfähig ist, diese großen wirklichen weltanschaulichen Zusammenhänge zu erkennen, dürfte wohl auch unfähig sein, eine Partei wie die nationaldemokratische Partei in eine schöpferische fruchtbare Zukunft zu führen.“

■ Aufbau einer „revolutionären Kaderorganisation“ ■

Im Gegensatz zu den Freien Nationalisten um Christian Worch und Thomas „Steiner“ Wulff, mit denen ansonsten eng zusammengearbeitet wird, setzen die Kräfte um Hupka (Blankenburg) auf eine zentrale Organisationsstruktur, da diese in der Lage sei, personelle Ausfälle einzelner Führungsaktivisten zu kompensieren. Hupka fordert dabei zwar „Hinein in die NPD!“, stellt allerdings zugleich klar, dass er letztlich eine ganz andere Partei forciert: „Eine straffe Führung sorgt für bessere Schlagkraft.“ Zwar ist einer der bisher wichtigsten Mitstreiter der Revolutionären Plattform, der Thüringer Neonazi Tino Brandt, wegen seiner Enttarnung als Verfassungsschutzagent weggefallen, doch sind andere NPD-Funktionäre an seine Stelle getreten. Aus Schleswig-Holstein sind dies der Landesvorsitzende Peter Borchert und der Landesgeneralsekretär Jürgen Gerg, die beide Versuche des Parteivorstands erfolgreich überstanden haben, sie aus der NPD auszuschließen. Zum Führungskreis gehören auch das bayerische Landesvorstandsmitglied Wolfgang Teufel, der aus der verbotenen Nationalen Offensive stammt, der Görlitzer Kreisvorsitzende Jürgen Krumpholz, der stell-

vertretende Landesvorsitzende von Mecklenburg-Vorpommern, Manuel Herten (Rohlsdorf), sowie der Dresdner NPD-Funktionär Ronny Thomas, der aus der Kameradschaft Sachsenfront kommt.

Der stellvertretende Parteivorsitzende Holger Apfel hatte zu Jahresbeginn vergeblich versucht, einen Unvereinbarkeitsbeschluss gegenüber der Revolutionären Plattform durchzusetzen. Das Scheitern hat seinen Grund auch darin, dass einerseits die Mitglieder dieser Fraktion oftmals zu den aktivsten Kadern der NPD gehören und in einigen Landesverbänden einfach nicht mehr gegen sie gehandelt werden kann, wenn die ohnehin bereits vom Verbot bedrohte Partei nicht noch vor dem Urteilsspruch zerbrechen soll. So ist es fraglich, ob der Parteivorstand den mitgliederstärksten Landesverband Sachsen durch die Verlagerung wichtiger hauptamtlicher Funktionäre und wesentlicher Teile der Logistik, wie dem Deutsche Stimme-Verlag nach Riesa, weiterhin unter Kontrolle halten können wird. Bereits heute ist der nominelle Landesvorsitzende Winfried Petzold (Grimma) durch Holger Apfel in die zweite Reihe gedrückt worden, da unter Petzold der sächsische Landesverband gravierende Rückschläge hinnehmen musste. Zugleich aber kommt Druck von der anderen Seite, da aktivistische NPD-Kader des Landes in der RPF mitwirken.

■ „Der mit der Fidschi-Frau“ ■

Nach einer Reihe kleinerer Treffen, hochtrabend als „Strategiekongresse“ deklariert, mit jeweils 80 bis 100 Teilnehmenden sollte dann eine „1. Tagung oppositioneller Kräfte in der NPD/JN“ stattfinden. Verantwortlich zeichnet der Lübecker Jürgen Gerg. Vorgesehen war dazu das westsächsische Grimma, der Ort des Pressefestes der „Deutschen Stimme“ am Samstag, den 8. September, wozu sich etwa 1500 Teilnehmer eingefunden hatten. Unmittelbar zuvor wollte man „Perspektiven zur Erneuerung der NPD/JN“ debattieren. Ziel der Versammlung war es vor allem, eine Zusammenführung aller oppositionellen Strömungen in der NPD zu erreichen, die bei allen sonstigen Differenzen durch das gemeinsame Ziel geeint werden, dass die Parteiführung der NPD „weitgehend ersetzt werden“ müsse. „Mangelnde charakterliche Eignung“ wird der Mehrheit des Vorstandes ebenso vorgeworfen wie „wirtschaftliche Inkompetenz“, die die NPD „immer wieder an den Rand des finanziellen Abgrundes“ führe.

So zumindest einige Schlussfolgerungen des vierten Strategietreffens, das die Revolutionäre Plattform gemeinsam mit Freien Nationalisten am 21./22. Juli durchführte. Die breiter angelegte Versammlung am 8. September in Grimma sollte als nächster Schritt die Kräftebündelung vorantreiben.

Dieser Prozess soll seine Fortsetzung beim nächsten Strategieseminar finden, das dann für Ende Oktober in Sachsen-Anhalt geplant ist. Steffen Hupkas dortiger Nachfolger als Landesvorsitzender, Andreas Karl, ist besonderes Hassobjekt der Neonazis der RPF, hat er doch Strafanzeige wegen Hausfriedensbruch gegen 15 Aktivisten erstattet, die sich Zutritt zum Landesparteitag verschafft hatten. Karl wird von der gegnerischen Fraktion mit rassistischer Intention als „der mit der Fidschi-Frau“ titulierte. Zu den Referenten dieses Treffens gehört auch der ehemalige NPD-Bundesvorsitzende Günter Deckert, dessen Hauptziel wohl darin besteht, seinen Nachfolger Udo Voigt abzulösen. Deckert verfügt noch immer über Rückhalt in den NPD-Landesverbänden Bayern und Baden-Württemberg. Weitere Referenten sind der Liedermacher Jörg Hähnel, der in Frankfurt/Oder für die NPD im Stadtrat sitzt und über „Die Notwendigkeit der Kulturrevolution zur Überwindung des Systems“ sprechen wird, sowie der 24-jährige Berliner Alexander Scholz, ein früheres Mitglied der Bundesführung von Die Heimmattreue Jugend. Weitere vorgesehene Themen: „Der geistige Kampf um das neue Reich“ und „Haltung und Wille – Seele und Geist“.

Bisher handelte es sich bei der Revolutionären Plattform um eine Gruppierung, die weit von der Erringung der innerparteilichen Hegemonie entfernt war, auch wenn etliche Aktivisten wichtige Funktionen in der NPD besetzen. Von den Freien Nationalisten ist nur bei konkreten Aktionen Unterstützung zu erwarten. Gelingt jetzt allerdings der Schulterschluss mit den Kräften um Günter Deckert und Altnazis wie Heinz Mahncke oder Herbert Schweiger, dann könnte es tatsächlich eng für die Parteiführung werden. Auch Horst Mahler, gegenwärtig die Allzweckwaffe des NPD-Vorstandes, steht diesen Kräften sympathisierend gegenüber, wie nicht zuletzt seine Anwesenheit in Leipzig bei der Demonstration am 1. September zeigte. Eine solche Übernahme durch die Kräfte um Steffen Hupka hätte zweifellos auch Auswirkungen auf das laufende Verbotverfahren. Am Ausgang dürften dann kaum noch Zweifel bestehen.

Jean Cremet

Aktivitäten

Getarnte Agitation

Von der NPD unterwanderte Schülerinitiative verbreitet rechte Parolen unter jungen Leuten.

Am 3. September endeten in Mecklenburg-Vorpommern die Schulferien. Pünktlich zum neuen Schuljahr haben viele Schüler aus Greifswald, Waren und Stralsund eine neue Schülerzeitung in die Hände gedrückt bekommen. Auf den ersten Blick unterscheidet sie sich nicht von anderen von ähnlichen auf den Schulhöfen verteilten Medien. Doch schon auf den zweiten Blick wird man stutzig. „PC – Nein Danke“ heißt es auf dem Titelblatt des „Greifswalder Sprachrohrs“, das den Untertitel „Die Schülerzeitung für Greifswald und Mecklenburg-Vorpommern“ trägt. Klickt man auf die Homepage der Schülerzeitung <http://www.sprachrohr.f2s.com/> wird aber schnell deutlich, dass die hinter dieser Zeitung stehende „Schülerinitiative für freie Meinungsäußerung- und -bildung“ im rechten Spektrum beheimatet ist.

Zunächst betont diese Initiative unverfänglich ihren Kampf um Demokratie in der Schule. „Die Schule soll kein Ort sein, wo dem Schüler einseitig eine politische Meinung vermittelt wird, ... sondern wo jedem Schüler die Möglichkeit gegeben wird, sich unter Berücksichtigung verschiedener Aspekte eine eigene Meinung zu bilden“, heißt es in einer Selbstverständniserklärung auf der Homepage der Schülerinitiative. Doch schon weiter unten auf der Seite wird von der Initiative selbst ganz deutlich eine politische Meinung propagiert. So organisiert sie am 6. Oktober in Greifswald eine Demonstration unter dem Motto „Gegen Drogen und Gewalt an den Schulen“. Schüler, Eltern und Lehrer werden um rege Teilnahme gebeten. „Kein Spielraum für Kinderschänder!!!“ lautet eine andere Überschrift im „Greifswalder Sprachrohr“. Unter dem Verweis auf den Tod der 12-jährigen Ulrike Brandt im brandenburgischen Eberswalde, der vor einigen Monaten Schlagzeilen machte, wird der mangelnde Schutz von Kindern in Deutschland beklagt und die angebliche Milde gegenüber den Tätern angeprangert.

Deutlicher wird die politische Stoßrichtung der Zeitung, wenn es um das Thema „Flüchtlinge“ geht. So wird auf der Homepage berichtet, dass

Mitglieder der Schülerinitiative im Dezember 2000 rund 1000 Unterschriften „Gegen Gewalt und den Zuzug ausländischer Mitbürger“ gesammelt hätten. Doch das scheint keine einmalige Aktion gewesen zu sein. Eine Laufschrift auf der aktuellen Homepage informiert, dass die Schülerinitiative im Dorf Karlsburgen in Mecklenburg-Vorpommern „50 Unterschriften gegen den Zuzug ausländischer Mitbürger“ zusammengebracht hat.

Tatsächlich handelt es sich bei der Schülerinitiative um eine NPD-Tarnorganisation, die auf diese Weise ihre rechten Parolen geschickt unter jungen Menschen verbreiten will. Nachdem sich die Zeitungsmacher noch rühmten, dass sie am 3. September ihre Zeitung ohne Zwischenfälle verteilt haben, beklagen sie nun, dass Leser des Blattes von Lehrern und Schuldirektoren unter Druck gesetzt worden seien. Damit wollen sie getreu ihrer Anti-PC-Haltung unter den jungen Leuten sogar noch Punkte sammeln, in dem sie sich über Zensurmaßnahmen wie in der DDR beschwerten und das Recht auf freie Meinungsäußerung propagieren. Mittlerweile hat auch die örtliche Presse vor einer Beeinflussung der Schüler durch das NPD-Umfeld gewarnt. Das zwingt die Zeitungsmacher zu Erklärungen, in denen sie die Vorwürfe nicht mal bestreiten. Zwar betonen sie in einer Presseerklärung, nicht die NPD, sondern die Schülerinitiative sei Herausgeberin der Zeitung. „Die NPD hat der Schülerinitiative angeboten, sie materiell und bedingt auch finanziell zu unterstützen, was auch dankbar aufgenommen wurde.“

In Gestalt des im Impressum als freier Mitarbeiter firmierenden Lutz Dessau hat das „Greifswalder Sprachrohr“ sogar journalistische Unterstützung von der NPD bekommen. Schließlich wurde Dessau wegen seiner NPD-Mitgliedschaft vor einigen Wochen von der Redaktion der „Neuesten Norddeutschen Nachrichten“ (NNN) als Sportreporter entlassen. In der ersten Nummer des Sprachrohrs beschreibt er seinen Lebensweg bis zu seiner Entlassung durch die NNN. Doch trotz dieser Unterstützung überzeugt die journalistische Qualität noch nicht alle Leser. So moniert ein Anonymus unter dem Pseudonym „der alte Chef“. „Schön schön, Ihr wollt euch also nicht über die Zahl der umgebrachten KZ-Häftlinge streiten ... dann tut es doch einfach nicht! Die rechthaberischen Auflistungen (so geschehen in der aktuellen Ausgabe) lassen allerdings ganz andere Anschauungen durchblicken. Mal nebenbei bemerkt, hat man bei euch das Korrekturlesen schon eingeführt?“ *Peter Nowak*

Grauzone**Nebentätigkeit****Staatsdiener ist Autor verschiedener extrem rechte Blätter**

Der von Bundeskanzler Gerhard Schröder ausgereifene „Aufstand der Anständigen“ bleibt bei Regierungsdirektor Josef Schüßlburner (Jg. 1954) im Bundesverkehrsministerium ungehört. Der Jurist, der seit 1985 in der Bundesverwaltung tätig ist, tummelt sich selbst seit Jahren in extrem rechten Kreisen. Seit kurzem soll gegen Schüßlburner ein Disziplinarverfahren anhängig ein.

Auf einer konspirativ organisierten Tagung der Gesellschaft für freie Publizistik (GFP) schwadronierte Schüßlburner von „heldenhaft kämpfenden deutschen Soldaten“ des II. Weltkrieges und lamentierte darüber, dass man ungestraft von „Mitteldeutschland“ als Ostdeutschland reden dürfe. Die GFP ist Angaben des Verfassungsschutzes zufolge die größte rechtsextreme kulturpolitische Vereinigung in der Bundesrepublik. Sie verbreitet ausländerfeindliche und nationalistische Aussagen.

Gerngesehener Autor ist der Jurist in den „Staatsbriefen“, einem rechtsextremen Theorieorgan mit fundamentaloppositionellem Ansatz. Zur Feder greift Schüßlburner für die revisionistische Zeitschrift „Deutsche Geschichte“ aus dem Hause Verlagsgesellschaft Berg, wie er auch Kontakte pflegt zum Friedenskomitee 2000 von Alfred Mechttersheimer. Mechttersheimer ist laut Verfassungsschutz „einer der wichtigsten Protagonisten rechtsextremistischer Bestrebungen“ und befindet sich in „Gegnerschaft zum demokratischen Rechtsstaat“. Im Rechtsaußenblatt „Junge Freiheit“ verbreitete Schüßlburner die Mär, dass Hitlers Antisemitismus „primär sozialistisch bestimmt“ war. Die von den Nazis industriell betriebene Massenvernichtung von Juden in Auschwitz lag seiner Auffassung nach „in der Konsequenz des sozialistischen Humanitarismus“ begründet. In der österreichischen Wochenzeitung „Zur Zeit“ bezeichnete Schüßlburner im August dieses Jahres die CDU/CSU als „eine Linksformation“. Im Jahreslagebericht 2000 „Rechtsextremismus in Österreich“ des Bundesministerium für Inneres, heißt es über „Zur Zeit“, dass in dem Blatt „die Existenz von Gaskammern im Dritten Reich geleugnet sowie die sechs Millionen NS-Opfer in Frage gestellt wurde.“ A.M.

Zeitschriftenschau**Periodika der extremen Rechten**

„Nation&Europa“ (NE), 51. Jg., Nr. 9/2001:

Zwei neue Themenkomplexe werden aufgegriffen: Neben den Standardthemen Antisemitismus - Xenophobie - Antiamerikanismus tauchen „Burschenschaften unter Druck“ und „Antiglobalisierung aller Länder vereinigt Euch!“ auf. Letzteres ist offenbar das neu entdeckte Feld von Altmeister Franz Schönhuber, der – nach dem larmoyanten und längst bekannten Gejammer, dass „die Republikaner verderben in Hinterzimmern“ und die Schuldzuweisung an die Schlierertruppe, die „das Erfolgsrezept von 1989 zur Seite gelegt hat“ – jetzt „das Signal von Genua“ aufnehmen will. „Die parteiübergreifenden Chancen der Patrioten liegen in der Festlegung, dass der gemeinsame Gegner das derzeit herrschende System ist“, das es „zu überwinden“ gelte. „Wer gegen die Globalisierung ist, sollte die Begriffe rechts oder links in die Ecke stellen, ... den Schulterchluss ... mit ... der anderen Seite des politischen Spektrums“ suchen. Den Hintergrund für diesen Appell hatte Roland Wuttke Darstellung der amerikanischen „globale (n) Ambitionen“ geliefert, demzufolge „alle US-Präsidenten 'Kriegspräsidenten'“ waren. Und dann folgt die – vor dem 11. September getroffene, heute besonders makaber anmutende – Feststellung: „Wie bei seinem Vater der Irak, muss bei Bush jun. China oder Ussama Bin Laden als Bedrohung erhalten“. Jürgen Schwab interpretiert die Diskussion um die Burschenschaften, aufgemacht an der Rechtsaußen-Verbindung Danubia als Suche des bayrischen Innenministers Günther Beckstein nach neuen Opfern. Bemerkenswert der Hinweis auf angebliche Angebote aus den Verbindungen zur Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz, im Übrigen war alles natürlich nur ein Irrtum. Der Schläger, der bei der Danubia in München Asyl fand, wird als „Hausgast mit dem Erscheinungsbild eines Skinheads“ charakterisiert. Weitere Themen sind die schleppende Verteilung der NS-Entschädigung, wobei Harald Neubauer mit der These „und Finkelstein hat doch recht“ übersieht, dass Zwangsarbeiter und nicht in erster Linie jüdische Opfer bedacht werden sollen. Dazu passt dann die Attacke gegen Lea Rosh. Als „irrwitziges Kommissionspapier“ greift Klaus Prechelt die Vorlage der Süßmuth-Kommission an. Die Union für Südtirol-Politikerin Eva Klotz meldet sich wieder einmal zu Wort mit dem Ruf nach Autonomie für Südtirol. (khr)

NS-Vergangenheit**Der 60. Jahrestag**

In Babij Jar in der Ukraine ermordeten SS-Truppen bei einem Massaker am 29. September 1941 mehr als 33 000 Juden.

„Die Juden mussten sich mit dem Gesicht zur Erde an die Muldenwände hinlegen. In der Mulde befanden sich drei Gruppen mit Schützen, mit insgesamt etwa 12 Schützen. Gleichzeitig sind diesen Erschießungsgruppen von oben her laufend Juden zugeführt worden. Die nachfolgenden Juden mussten sich auf die Leichen der zuvor erschossenen Juden legen. Die Schützen standen jeweils hinter den Juden und haben diese mit Genickschüssen getötet. Mir ist noch heute in Erinnerung, in welches Entsetzen die Juden kamen, die oben am Grubenrand zum ersten Mal auf die Leichen in der Grube hinunterblicken konnten. Viele Juden haben vor Schreck laut aufgeschrien. Man kann sich gar nicht vorstellen, welche Nervenkraft es kostete, da unten diese schmutzige Tätigkeit auszuführen. Es war grauenhaft.“

So hat Kurt Werner, Mitglied des SS-Sonderkommandos (SK) 4a, das Massaker beschrieben, dem vor 60 Jahren an zwei Tagen 33 771 Menschen zum Opfer fielen. Es waren Juden aus der ukrainischen Hauptstadt Kiew. Am 27. September 1941, also nur neun Wochen nach dem Überfall auf die UdSSR vom 22. Juni '41, war die Millionenstadt von deutschen Truppen besetzt worden. Aber trotz des Rückzugs der Roten Armee flogen immer wieder große Gebäude in die Luft, in denen sich bereits deutsche Stäbe niedergelassen hatten. Der sowjetische Geheimdienst hatte nämlich Sabotagetruppen zurück gelassen. Die Besatzer schoben jedoch die Schuld den Juden in die Schuhe.

In einer Besprechung, an der auch der Stadtkommandant von Kiew, General Eberhard teilnahm, beschloss man 26. September, alle Juden, deren man in Kiew habhaft werden konnte, zu ermorden. Dazu wurden von der 6. Armee Plakate mit der Aufforderung gedruckt, alle Juden der Stadt hätten sich am 29. September morgens um acht Uhr am Eingang einer Schlucht in der Nähe des jüdischen Friedhofs einzufinden. Augenzeugen zufolge hatten die Besatzer mit einigen tausend Menschen gerechnet, aber es kamen mehr und mehr – schließlich gut 33 000. Ein Polizeikraftfahrer namens Hö-

fer war dazu eingeteilt worden, die Kleidungsstücke der Opfer abzutransportieren. Er hat die Szene später vor einem Gericht in Darmstadt so geschildert: „Wir waren danach einige Tage damit beschäftigt, Geldscheine zu glätten, die aus dem Eigentum der erschossenen Juden stammten. Ich schätze, es muss sich um Millionenbeträge gehandelt haben. Was mit dem Geld geschehen ist, weiß ich nicht. Es wurde in Säcke gepackt und weggeschickt.“

Die Morde begannen in den Morgenstunden des 29. September 1941. Am Abend des nächsten Tages türmten sich in der Schlucht von Babij Jar mehr als 33 000 Leichen. Kommandant der Mordaktion war Paul Blobel, dem Angehörige des Sicherheitsdienstes und der Sicherheitspolizei, eine Kompanie der Waffen-SS, die Polizeibataillone 45 und 305 sowie ein Zug des Polizeibataillons 9 unterstanden. Hinzu kamen ukrainische Hilfspolizisten. Sie streuten am Ende der Mordaktion auf das Massengrab eine dünne Schicht Erde. Danach war alles vorbei.

Anton Heidborn vom SK 4a hat ebenfalls in Darmstadt als Zeuge berichtet, was sie danach in Kiew getan haben: „Für jedes Kleidungsstück war ein besonderer Haufen gebildet worden. Das ging alles sehr schnell vor sich, und wo der Einzelne zögerte, wurde von den Ukrainern mit Fußtritten und Stößen nachgeholfen. Ich glaube, dass der Einzelne keine Minute brauchte, bis er von der Abgabe des Mantels vollkommen nackt dastand. Es wurde hier kein Unterschied zwischen Männern, Frauen und Kindern gemacht. Die nachkommenden Juden hatten wohl Gelegenheit, angesichts dieser Entkleidung kehrt zu machen. Ich wundere mich noch heute, dass dies nicht geschehen ist.“

Mit der Vernichtung der Juden Kiews war das Morden in Babij Jar insgesamt freilich nicht zu Ende. Während der folgenden Monate gab es in der Region immer wieder Razzien, zum Beispiel auf geflohene oder im Untergrund lebende sowjetische Soldaten, auf Sinti und Roma und vereinzelt auch auf Juden. Sie alle wurden nach Babij Jar gebracht und erschossen. So wuchs die Zahl der Opfer auf etwa 100 000 – bis zum Beginn des deutschen Rückzugs. Der begann knapp ein halbes Jahr nach der Schlacht von Stalingrad im Sommer 1943 mit der „Enterdung“. Die Okkupanten hatten Angst vor möglicher Rache der Roten Armee, wenn diese bei der Befreiung der Heimat vielerorts Massengräber entdecken würde. Es galt also, die Spuren des Vernichtungskriegs zu beseitigen. So kam

Blobel im Juli 1943 nach Kiew zurück. Der Auftrag: Die Massengräber zu enterden, also zu öffnen und die Leichen zu verbrennen. Sein Kommando bestand lediglich aus acht bis zehn SD-Leuten und etwa 30 deutschen Polizisten. Sie hatten die Aufsicht. „Enterden“ mussten 300 Gefangene, die Blobel aus einem Lager in der Nähe geholt hatte. Zwei Jahre nach dem Massaker von Babij Jar waren die Körper stark verwest, Haut, Fleisch und Knochen hielten nicht mehr zusammen. Dennoch waren die Leichen auf große Scheiterhaufen am Rand der Schlucht von Babij Jar zu schleppen, wo sie verbrannt wurden. Bei dieser grauenhaften Arbeit waren die Gefangenen an den Beinen mit Ketten gefesselt. Vom Beginn der „Enterdung“ am 18. August bis zum 19. September übernachteten sie in einem Bunker unmittelbar neben den Leichen. Schließlich sollten sie selbst ermordet werden. Doch sie ahnten dies und flohen in der Nacht vom 29. zum 30. September – genau zwei Jahre nach dem Massenmord. 15 von ihnen gelang die Flucht, die anderen wurden gefasst und umgebracht.

Was nun die Kommandeure des Massenmordes von Babij Jar betrifft, so ist an erster Stelle Blobel zu nennen. Er hat nicht nur die Opfer von Babij Jar verbrennen lassen, sondern war auch Kommandeur der gesamten „Enterdungsaktion“ im Osten. Der am 13. August 1894 in Potsdam geborene Sohn eines Zimmermeisters wurde im Nürnberger Einsatzgruppenprozess am 10. April 1948 zum Tode verurteilt und am 7. Juni 1951 in Landsberg am Lech gehängt. Unbekannte haben im Juni dieses Jahres am 50. Jahrestag der Hinrichtung sein Grab mit Blumen geschmückt.

Friedrich Jeckelein war bereits an der Organisation der Reichspogromnacht im November 1938 beteiligt. Als Höherer SS- und Polizeiführer (HSSPF) war er nach dem Überfall auf die UdSSR für die Ukraine zuständig. Vom 10. August bis zum 1. September 1941 ermordeten seine Einheiten in der Stadt Kamenez-Podolski 23 600 Juden. Nach seinem „Einsatz“ in Kiew ging er nach Riga, wo er die einheimischen sowie die dorthin deportierten deutschen und österreichischen Juden umbringen ließ und stets mit seinem Stab selbst aktiv beteiligt war. Den 1895 geborenen Mann nahmen die Westalliierten nach der Befreiung fest und lieferten ihn an die Sowjetunion aus. Am 3. Februar 1946 verurteilte ihn ein sowjetisches Militärgericht zum Tode durch den Strang. An der Vollstreckung unmittelbar danach nahm die Bevölkerung teil, so groß war der Hass auf den Massenmörder.

Emil Otto Rasch, geboren 1891 in Ostpreußen, übernahm 1941 die Leitung der Einsatzgruppe C und folgte der Herresgruppe Süd in die Ukraine. Dort beteiligte er sich nicht nur an dem Massaker von Babij Jar, sondern auch an anderen Massenmorden. Danach wurde er zurück nach Berlin beordert, angeblich wegen Schwierigkeiten mit dem SS-Chef Heinrich Himmler. Nach der Befreiung kam er zusammen mit Blobel vor ein US-Militärgericht. Sein Verfahren wurde abgetrennt, weil er krank war. Er starb 1948 in Untersuchungshaft.

1966, 25 Jahre nach dem wohl schrecklichsten Verbrechen der Deutschen in der UdSSR, sollte am Rand der Schlucht ein Gedenkstein an die Opfer erinnern, doch es war eine historische Täuschung. Der Inschrift zufolge starben dort 100 000 Sowjetbürger. Juden waren in der UdSSR aber keine Sowjetbürger. Ihre Nationalität war jüdisch. Doch das durfte nach der kommunistischen Doktrin nicht erwähnt werden. Es dauerte 50 Jahre, ehe die wirklichen Opfer ein Mahnmal bekamen: eine gewaltige Menora, also ein siebenarmiger Leuchter.

Als Papst Johannes Paul II. im Sommer die Ukraine besuchte, war er auch in Babij Jar, um zu beten. Vaakov Dov Bleich, der Oberrabbiner von Kiew, hat ihn begleitet. Der Berliner Filmproduzent Arthur Brauner hat jetzt einen Film über den Schrecken von Babij Jar gedreht, der zum 60. Jahrestag in die Kinos kommen soll. Ihm sind viele Besucher zu wünschen, weil es in deutscher Sprache nur ein kleines Buch darüber gibt. Es heißt „Die Schoah von Babij Jar“ und wurde geschrieben von E. R. Wiehn. *Heiner Lichtenstein* (Es wird auf einen weiteren Beitrag des Autors in der „Tribüne – Zeitschrift zum Verständnis des Judentums“, Heft 159, 3. Quartal 2001, verwiesen.)

Hinweis

Heidelberg – Vom 4. bis 7. Oktober findet im Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma in Heidelberg ein Seminar „Der nationalsozialistische Völkermord an den Sinti und Roma in der deutschen Erinnerungs- und Gedenkstättenarbeit“ statt. Veranstalter des Gedenkstättenseminars sind das Dokumentations- und Kulturzentrum, die Bundeszentrale für Politische Bildung, die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg und die Stiftung Topografie des Terrors. Informationen: Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma, Tel. 06221/981102, fax -/981190; Homepage: www.sintiundroma.de

Demokratische Initiativen**Mitmachen****Junge Leute bekämpfen rechtes Denken**

Mit einem „Projekt für Toleranz und Demokratie“ wollen junge Menschen aus Sachsen-Anhalt dem vielfach aus Hilflosigkeit von Lehrern und Mitschülern geduldeten Auftritt von Rechtsradikalen in Schulen begegnen. Die jungen Leute, selbst noch Schüler, Studenten oder Auszubildende, werden zu so genannten „Teamern“ ausgebildet, die landesweit Projektstage mit Schulklassen durchführen. Ziel ist, oftmals tabuisierte Themen anzusprechen und eine Duldung rechten „Gedankenguts“ durch die schweigende Masse der Schüler zu brechen. Die Initiatoren erhoffen sich einen besseren Zugang zu den Jugendlichen, indem sie eben ganz bewusst auf Gleichaltrige setzen.

„Es macht einen großen Unterschied, ob ein junger Mensch mit den Klassen arbeitet oder ein älterer“, sagt Steffen Kulow, selbst Teamer und Mitarbeiter im Organisationsbüro. Getragen wird die Initiative durch die Landesjugend des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), die Auslandsgesellschaft Sachsen-Anhalt und die Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung. „Wir wollen“, sagt Kulow, „Denkanstöße in Richtung Toleranz und Weltoffenheit geben“. Nicht die rechtsradikalen Hardliner, „die es zweifelsohne auch in vielen Schulklassen gibt, sollen umgedreht werden“, sagt er weiter, „vielmehr möchten wir den Jugendlichen, die vielleicht als Mitläufer oder gar als stille Duldher noch nicht vollends in den braunen Sumpf abgeglitten sind, sagen, dass es auch noch Denkweisen abseits vom rechten Mainstream gibt“.

Mitmachen kann jeder, der die Zeit und den Enthusiasmus dafür aufbringt. Die DGB-Jugend Sachsen-Anhalt, die im Magdeburger Gewerkschaftshaus Räume für das Projekt zur Verfügung stellt, ist für jede Anmeldung und jeden neuen Interessenten dankbar. An drei Wochenenden erhalten die angehenden Teamer Seminare in Rhetorik, Gesprächsführung, Konzeptgestaltung und im Umgang mit Gruppen. Nach einer „Hospitationsstunde“ erhalten sie abschließend ein Zertifikat, das sie als Teamer ausweist. Für jeden durchgeführten Projekttag wird eine Aufwandsentschädigung von 150 Mark gezahlt. Die Arbeit selbst läuft wie folgt ab: Zwei Teamer fahren auf Einladung in eine Schule

und arbeiten dort vier bis sechs Stunden mit einer Klasse. Mit kleinen Videovorführungen, Diskussionsrunden und Spielen werden Themen wie Toleranz, Zivilcourage, Migration oder Ausländer in Sachsen-Anhalt erörtert. „Es wird sich jedoch niemand hinstellen und im Stile eines Lehrers dozieren“, sagt Petra Richter von der DGB-Jugend, „alles wird zusammen mit den Schülern gemacht, jeder kann und soll ganz offen seine Meinung sagen“. Da eben nicht, wie so oft, eine ältere „Respektperson“ zu den jungen Leuten spricht, gehen die Jugendlichen in den Gesprächen viel eher aus sich heraus. Dabei kämen, so Kulow, „oft sehr erstaunliche Aussagen und Ansichten“ zum Vorschein: „Viele Schüler haben gar keine Vorstellung von der Verteilung der Weltbevölkerung und des Kapitals. Ein Sekundarschüler erklärte mir einmal, dass die Menschen in Afrika einfach zu blöd sind, etwas aufzubauen und übersprang damit eben mal 500 Jahre Kolonisationsgeschichte.“ Solche Wissenslücken zu füllen und mit festgefahrenen Stammtischmeinungen zu brechen sind weitere Aufgaben der Teamer. Auch habe er die Häufigkeit, mit der rechte Ansichten vorkommen, mit Erschrecken wahrgenommen, sagt Kulow: „Xenophobie, Rassismus und starre Köpfe gibt es scheinbar in jeder Schulklasse.“ „Rechtsradikalismus ist ein Problem, das sich durch alle Schulformen zieht, egal ob Berufs-, Sekundarschule oder Gymnasium“, betont auch Richter. Es gebe zwar Unterschiede von Schule zu Schule, der Anteil rechtsradikal denkender Jugendlicher sei ihrer Meinung nach „insgesamt jedoch sehr hoch“. Kulow ergänzt: „Auch die Schulen sind ein Spiegel der Gesellschaft.“

Die Idee zu dem Projekt stammt aus Sachsen, dort ist ein ähnliches Konzept vor zwei Jahren erfolgreich eingeführt worden. Geplant ist, in den fünf neuen Ländern ein „gemeinsames Netzwerk“ aufzubauen, das dem Informations- und Erfahrungsaustausch untereinander dienen soll. Zwar sei Rechtsradikalismus unter Jugendlichen ein bundesweites Problem, sagen die Magdeburger, dies trete jedoch in den neuen Ländern deutlich massiver in Erscheinung.

In Magdeburg sind derzeit 17 Teamer abrufbereit, die in ihrer Freizeit an die Schulen gehen. Kulow hofft, dass sich die Zahl bis Jahresende auf ungefähr 40 erhöhen wird. Eine im Herbst anlaufende Werbekampagne soll helfen, die neuen Leute dafür zu rekrutieren. Finanziert wird das Projekt durch Eigenmittel der Projektpartner sowie durch Zuwendungen von Ministerien. *Eberhard Löblich*

Demokratische Initiativen

Bilanz des Erfolgs**Berliner Stiftung fördert kleine Initiativen im Kampf gegen rechts**

Man durfte gespannt sein, was einen erwarten würde, als die Berliner Antonio-Amadeu-Stiftung fast drei Jahre nach Arbeitsaufnahme und ein Jahr, nachdem die Sommerdebatte des Jahres 2000 ihr enormen Auftrieb verschafft hatte, zur Vorstellung einer ersten umfassenden Bilanz lud. Und in der Tat bestätigte schon ein kurzer Blick in die Zahlen, dass der so genannte „Aufstand der Anständigen“ sich zumindest auf dem Konto der Stiftung mit aller Deutlichkeit niedergeschlagen hat: Alleine im Jahr 2000 gingen auf ihrem Konto fast zwei Millionen Mark an Spenden ein; im Jahr zuvor waren es gerade einmal gut 180 000 Mark gewesen. Und auch im laufenden Jahr kam bereits mehr als eine Million zusammen.

Ausgegeben wiederum hat die Stiftung, die vor dem Jahre 2000 nahezu ohne finanzielle Mittel auskommen musste, bisher sehr viel weniger Geld: Ende 2000 befanden sich auf ihrem Konto gut 1,6 Millionen Mark; demgegenüber standen über das Jahr verteilt Ausgaben von etwa 640 000 Mark. „Wir wollten und konnten das Geld nicht auf die Schnelle verteilen“, erklärte Rupert Graf Strachwitz, stellvertretender Kuratoriumsvorsitzender. Erstens habe man nicht im Schnellschussverfahren reagieren wollen, zweitens könne nicht damit gerechnet werden, dass weiterhin dermaßen fleißig gespendet werde. So sind im laufenden Jahr 700 000, im folgenden 375 000 Mark bereits verplant.

Insgesamt aber, so erklärten die Verantwortlichen, hätte die Stiftung bis heute bereits mit 2,3 Millionen Mark 141 Projekte und Initiativen vor allem in den neuen Ländern gefördert. Die mit Abstand größte Finanzspritze erhielt mit 750 000 Mark das Neonazi-Aussteigerprogramm „Exit“, das mit der Stern-Aktion „Mut gegen rechte Gewalt“ ins Leben gerufen wurde. Exit betreut derzeit 56 Ausstiegswillige, 14 davon haben die Szene verlassen. In den vergangenen Wochen zeichne sich außerdem ab, dass Exit, das in den ersten Monaten fast nur aus westdeutschen Ländern kontaktiert wurde, langsam, aber sicher auch im Osten Fuß fasse, erzählte Projektleiter Bernd Wagner.

Der selbst ernannte Schwerpunkt der Stiftungsarbeit soll aber gar nicht auf dem Aussteigerprogramm liegen, sondern auf der Unterstützung pro-demokratischer Projekte. Vielerorts seien vor allem kleine Initiativen, die sich der zähen Arbeit im Kampf gegen rechts verschrieben hätten, gefördert worden, sagte die Kuratoriumsvorsitzende Anetta Kahane. Markus Zeeh, Mitgründer des Netzwerks Demokratische Kultur im sächsischen Wurzen, schilderte den Alltag in vielen Kommunen. Nach wie vor würden „die Überbringer schlechter Nachrichten oft genug eher gehängt als gehört“, erzählte Zeeh, „für uns Jugendliche war es ein Segen, auch einmal Unterstützung zu bekommen“. Inzwischen zeichne sich durch die kontinuierliche Arbeit auch in Wurzen, das traditionell als rechtsextreme Hochburg gilt, „ganz allmählich“ so etwas wie ein Klimawechsel ab.

Neben Exit und zivilgesellschaftlichen Initiativen fördert die Stiftung, die im Oktober 1998 nach dem in Eberswalde zu Tode geprügelten Angolaner Amadeu Antonio benannt wurde, die Selbstorganisation von Einwanderern – unter anderen die Initiative Rathenower Flüchtlinge. Diese hatten mit einem Brief an den Bundeskanzler, in dem sie um Verlegung in ein anderes Bundesland als Brandenburg baten, auf sich aufmerksam gemacht. Ein weiterer Schwerpunkt der Stiftung ist die Unterstützung von Initiativen, die Opfer rechtsextremer Gewalt beraten. Zurzeit seien in allen fünf neuen Ländern Beratungsstellen nach dem Vorbild der Brandenburger „Opferperspektive“ im Aufbau, so Anetta Kahane. Gefördert werden neben anderen Initiativen auch verschiedene „Aktion Noteingang“-Gruppen

Bernd Wagner, Leiter von Exit, warnte aber auch davor, die Tatsache überzubewerten, dass sich seit dem Sommer 2000 „in der Tat hier und da gesellschaftliche Gegenwehr formiert“. „Mit verstärkter Kraft“ und einer „ideologischen Offensive“ habe nämlich die rechtsextreme Szene darauf reagiert. Nicht zuletzt durch die Diskussion um das NPD-Verbot sei es ihr gelungen, „ihre geistigen Grundlagen in der Öffentlichkeit zu präsentieren“. Cem Özdemir, innenpolitischer Sprecher der Grünen-Bundestagsfraktion und Kurator der Stiftung, erklärte das geplante NPD-Verbot dagegen zu „einer wichtigen“, aber nicht der entscheidenden Maßnahme im Kampf gegen rechts. Özdemir sagte, das Verbot sei schon deshalb nötig, damit Positionen wie die der NPD nicht auch noch staatlich bezuschusst würden.

Jeannette Goddar

Demokratische Initiativen**Lokale Schauplätze****Eine vorzügliche Arbeitshilfe über NS-Verbrechen im Rheinland**

Mahn- und Gedenkstätten beschränken sich in aller Regel auf Ausstellungen, Führungen und Tagungen. Dabei handelt es sich ohne Zweifel um wichtige Aktivitäten innerhalb jener Einrichtungen, die oft seit Jahrzehnten vorzügliche Arbeit leisten. Dass es möglich ist, darüber hinaus Interessierte anzusprechen, vielleicht sogar zu motivieren, sich mit der NS-Zeit in der eigenen Umgebung zu beschäftigen, hat jetzt die Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf gezeigt.

Eine „didaktische Arbeitshilfe mit Dokumenten, Bildern und Texten“ über die „Opfer von Zwangssterilisierungen und NS-‘Euthanasie’ in der Rheinprovinz“ wendet sich an Schulen und allgemeine Bildungsstätten der Sozialarbeit, also etwa an künftige Krankenschwestern und -pfleger, aber auch an Altenpfleger und überhaupt Menschen in sozialen Berufen. Die Mappe im DIN A4-Format informiert über die Anfänge der NS-Rassenideologie, Zwangssterilisationen, jüdische Patienten als erste Opfer, die berüchtigte „Aktion T4“, also die systematische Ermordung von Behinderten und psychisch Kranken. Außerdem enthält sie Kurzbiografien von Opfern, die Haltung der beiden großen christlichen Kirchen zur NS-„Euthanasie“, NS-Prozesse wegen dieser Verbrechen und Beispiele für die Integration von Kranken heute.

Den Schwerpunkt bildet das Rheinland und hier besonders Düsseldorf, doch die Namen sind auswechselbar. Im Grundsatz gab es kaum geografische Unterschiede, wobei die Rheinprovinz zwischen Essen und Saarbrücken, Wesel und Koblenz zu den größten und am dichtesten besiedelten Provinzen gehörte. Jedes Thema wird zunächst geschildert und dann ergänzt durch zeitgeschichtliche Dokumente, also Briefe, Plakate, Statistiken, Karten, Portraits und Zeitungsausschnitte. Die relativ kurzen Texte werden so anschaulich und einprägsam.

Erarbeitet wurde die Dokumentation von Angela Genger, der Leiterin der Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf, der SPD-Bundestagsabgeordneten Kerstin Griese und Regine Gabriel. Sie kostet 20,- DM und kann bestellt werden bei der Mahn- und Gedenkstätte, Mühlenstraße 29, 40200 Düsseldorf, Tel. 0211/89962057, Fax -/8929137. *H.L.*

Bücherschau**Die Täter im Blickfeld**

Analysen zur Massenvernichtung der Juden im Zweiten Weltkrieg sowohl aus der Perspektive von „oben“, also der NS-Führungsspitze, und von „unten“, also den konkreten Tätern vor Ort, präsentiert der an der University of North Carolina lehrende Historiker Christopher R. Browning in seinem Buch „Judenmord. NS-Politik, Zwangsarbeit und das Verhalten der Täter“. Darin thematisiert Browning dem Untertitel entsprechend die drei wichtigsten Komplexe der gegenwärtigen Holocaust-Forschung: den Prozess der Entscheidungsfindung zum Holocaust durch das nationalsozialistische Regime, den Charakter der Zwangsarbeit und die Einstellungen der Täter.

Zunächst geht es um die Entwicklung der nationalsozialistischen Judenpolitik zwischen 1939 und 1941 und den Entscheidungsprozess zur Endlösung im Machtzentrum des NS-Regimes. Dem folgt eine Darstellung zu den jüdischen Arbeitskräften in Polen zwischen Ausbeutung und Vernichtung sowie eine Fallstudie zum Arbeitslager Starachowice anhand der Erinnerungen Überlebender. Schließlich geht es um den Ermessensspielraum der örtlichen Instanzen am Beispiel von Brest-Litowsk und um Rückschlüsse zu Motivation und Verhalten der Täter vor Ort im Lichte neuer Erkenntnisse.

Erneut legt Browning mit den Aufsätzen aus den Quellen direkt herausgearbeitete Darstellungen und Deutungen zu allgemeinen und besonderen Aspekten des Massenmordes an den Juden vor. Dabei geht er auch auf die Differenzen mit anderen Forschern ein, wobei insbesondere die jüngeren Arbeiten von Christian Gerlach und Peter Longerich kritisch betrachtet werden. Dies geschieht allerdings nicht in polemischer Weise, sondern in sachlichem Tonfall. Er herrscht auch ansonsten in den Aufsätzen vor. Insgesamt handelt es sich um wichtige Beiträge, die die Holocaust-Forschung voranbringen werden. Hier und da hätte man sich allerdings stärker thesenartige Verallgemeinerungen zur Einschätzung und Analyse gewünscht.

Armin Pfahl-Traugher

Christopher R. Browning, Judenmord. NS-Politik, Zwangsarbeit und das Verhalten der Täter. Aus dem Englischen von Karl Heinz Siber, Frankfurt/Main 2001 (S. Fischer-Verlag), 284 Seiten, 49 Mark

DU gegen rechts

**Für Schülerinnen und Schüler ab Klasse 7, Schul-AGs,
Jugendgruppen und -clubs sowie Studierende
(von 12 bis 25 Jahren)**

Der **blick nach rechts** prämiiert in einem Wettbewerb Projekte von engagierten Jugendlichen.

Beschreibt, wie ihr (ab 5 Personen je Gruppe) in eurem Umfeld gegen Rechts-extremismus und Ausländerfeindlichkeit vorgeht (z.B. Stadtteilstefte, Plakataktionen, RAPs, Hörspiele, Theaterstücke, Ausstellungen, Websites, Patenschaften). Willkommen sind auch Einsendungen, die sich mit der lokalen NS-Vergangenheit beschäftigen. Entscheidend ist, dass euer Projekt sich an den jeweiligen örtlichen Besonderheiten orientiert.

Eingesandt werden können als Dokumentation Bild- und Tonträger, Presseauschnitte, Website-Adressen oder ausführliche Berichte.

Eine Jury entscheidet über die Gewinner des Wettbewerbes. An jede Altersstufe (12-15, 15-18, 18-25 Jahre) werden zwei Hauptpreise und verschiedene Sonderpreise vergeben.



Schirmherrschaft
Bundestagspräsident
Wolfgang Thierse

Anmeldeschluss
für die Projektidee:
1. Oktober 2001

Einsendeschluss
der Dokumentation:
31. Dezember 2001

Weitere Infos unter
www.bnr.de

Anmeldung und Rückfragen
Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Frau Bastienne Gebhard
Tel. (0 30) 2 55 94 - 1 55
Fax (0 30) 2 55 94 - 1 99
E-Mail info@bnr.de

ALLES WIRD SICH ÄNDERN - DURCH UNS!

Meldungen**Inland**

■ **Berlin** – Vom Landesausschuss wurden NPD und Republikaner zu den Berliner Abgeordnetenhauswahlen am 21. Oktober zugelassen. Bei der Landesparlamentswahl in Berlin vor zwei Jahren kam die NPD auf 0,8 Prozent der Zweitstimmen, die REP erzielten 2,7 Prozent. Spitzenkandidat der NPD für das Abgeordnetenhaus ist der Bundesvorsitzende Udo Voigt, ihm folgen auf den Plätzen 2 und 3 Hans Joachim Klein und Frank Kerkhoff. Für die Bezirksverordnetenversammlungen kandidieren in Marzahn-Hellersdorf das Bundesvorstandsmitglied Andreas Storr, in Lichtenberg-Hohenschönhausen Albrecht Reither sowie in Treptow-Köpenick Heiko Harz. Im Bezirk Mitte treten Stefan Burkhard und Frank Stendel an.

■ **Bielefeld** – Der Blood&Honour-Aktivist Bernd Stehmann aus Bielefeld hat offenbar eine neue Geldquelle erschlossen. Schon seit Jahren veröffentlicht er das Fanzine „Unsere Welt“, nach dem Verbot von B&H eines der bedeutendsten und professionellsten Szeneblätter. Das will Stehmann offenbar ausnutzen. Unter dem Titel „Unsere Welt“ ist nun auch die erste CD erschienen. 15 internationale Bands veröffentlichen auf dem Sampler bisher weitgehend unbekannte Lieder. Erschienen ist die CD im Verlag von Jens Pühse.

■ **Bochum** – Martin Voigt, Vorsitzender des rechtsextremen „Deutschen Rechtsschutzkreises – Deutsche Rechtsschutzkasse e.V.“ (DRsK) aus Bochum lamentiert in einem internen Rundbrief an „Mitglieder, Förderer und Spender“ vom 30. August darüber, dass die „Verfolgung politisch unerwünschter Meinungsäußerungen, die Verbote von Veranstaltungen, Bestrafung von Liedermachern, Autoren und Herausgebern von Druckschriften durch die ‘politische Justiz’ ... von Monat zu Monat schlimmer“ würden. Um dem gegenzusteuern, sei „immer mehr Arbeitsaufwand und Geld“ nötig. Die Kameraden werden deshalb aufgefordert, dem DRsK verstärkt Spendengelder zukommen zu lassen. Voigt informiert darüber, dass der DRsK für die „Unabhängigen Nachrichten“ schon „seit Jahren regelmäßig Rechtsgutachten bei fach- und sachkundigen Anwälten“ einhole. Gegen die „Unabhängigen Nachrichten“ seien, so Voigt, „seit 1995 mehr als 40 Ermittlungsverfahren geführt“ worden. Die „Unabhängigen Nachrichten“ sind nach Erkennt-

nissen des Hamburger Verfassungsschutzes „insbesondere antisemitisch, fremdenfeindlich und revisionistisch“ ausgerichtet.

■ **Bräunlingen** – Ein polizeibekannter Skinhead hat am 9. September bei einem Dorffest in Bräunlingen im Schwarzwald einen 18-Jährigen getötet. Bei der Feier eines Sportvereins war es zwischen zwei Gruppen zu einer verbalen Auseinandersetzung gekommen. Als sich die Gemüter wieder beruhigt hatten, feuerte der 20-Jährige aus Bräunlingen einen Bierkrug auf die Widersacher. Das Glas traf den 18-Jährigen am Kopf, zersplitterte und verletzte ihn an der Halsschlagader. Noch auf dem Dorffest verblutete der junge Mann. Besonders tragisch: Das Opfer hatte an diesem Tag Geburtstag und war gerade 18 Jahre alt geworden. Der wegen Volksverhetzung und Körperverletzung vorbestrafte Skinhead sitzt inzwischen in Untersuchungshaft.

■ **Dachau/Stralsund** – Bereits am ersten Wochenende nach den Terroranschlägen in den USA haben Neonazis das KZ Dachau mit antisemitischen und antiamerikanischen Hetzparolen beschmiert. Unbekannte hinterließen an den Baracken die Schriftzüge „Jud verreckel“ und „Amis sind Kriegsverbrecher“. Bei einer Kundgebung in Stralsund verbrannten sieben ortsbekannte Rechtsextremisten eine amerikanische Flagge. Sie erhielten einen Platzverweis und müssen mit einer Anzeige rechnen.

■ **Germersheim** – Die rheinland-pfälzischen Republikaner wählten auf dem Landesparteitag am 2. September in Germersheim den 31-jährigen Stefan Stritter aus Mainz zum neuen Landesvorsitzenden. Stritters Vorgänger Gerhard Meyer wurde neben Christel Schmid, Gerhard Betz und Werner Schick stellvertretender Landesvorsitzender.

■ **Hamburg** – Im NIT-Forum von Andre Goertz aus Hamburg wurde am 4. September zum Aufbau von „Bürgerwehren“ aufgerufen: „Zunächst wendet man sich an einen Bekannten im Ort“, der „heimatverbunden/ortsverbunden ist ... Man fragt, ob er froh darüber ist, dass sich immer mehr Ausländer hier niederlassen, und ob er ein Schicksal des Ortes XY dem Heimatort ersparen möchte. Wenn er Ersteres verneint bzw. Zweiteres bejaht, fragt man ob er etwas tun möchte. Dann erklärt man die Idee: Bildung einer Bürgerwehr.“ Weiter heißt es: „Ein Sammelruf der Bürgerwehrmitglieder“ soll dann erfolgen, „wenn ‘verdächtige’ Per-

sonen bei einer Haus-oder Wohnungsbesichtigung gesichtet werden. Sofortiger Treffpunkt am Ort des Geschehens. Man tritt als Gruppe auf und einer sagt den Fremden, dass sie hier nicht erwünscht sind, während die Anderen ohne Worte Unterstützung signalisieren.“

■ **Hamburg** – Der Betreiber des NIT Hamburg Andre Goertz hatte nach dem Terroranschlag in den USA seine Homepage in eine schwarze Trauerseite umgewandelt. Dafür hagelte es Kritik von den Rechtsextremisten. In Mails an Goertz berichten Rechte von einer „tiefen Genugtuung und innerem Jubel“, den sie empfunden hätten. Die „Völkermordzentrale“ USA halte ja schließlich „unser deutsches Volk und unser Deutsches Reich in Ketten“. Während Goertz auch weiterhin bei seiner angeblichen Trauer um die Opfer bleibt, bekennt das Aktionsbüro Norddeutschland Farbe: So sieht man auf der Homepage Bilder vom brennenden World Trade Center mit der geschmacklosen Überschrift: „Bushfeuer in Manhattan!“.

■ **Hannover** – Bei den niedersächsischen Kommunalwahlen am 9. September mussten die Republikaner deutliche Einbußen hinnehmen. Auf Kreisebene erzielten sie 0,5 Prozent (50 648 Wählerstimmen) und holten jeweils einen Sitz in der Region Hannover, in Wilhelmshaven und im Landkreis Celle (1996: insgesamt 15 Sitze und 117.831 Stimmen). Bei den Gemeindewahlen erreichten die REP (16 878 Stimmen) vier Kommunalmandate (1996: 15). Die NPD gewann mit 2841 Wählerstimmen zwei Mandate in Helmstedt.

■ **Hannover** – Horst Schilling, „Netzmeister“ des seit 1996 existenten ultrarechten Konservativen Gesprächskreises Hannover (KGH; Vereinsregisternummer beim Amtsgericht Hannover 7016), mischt unter dem Pseudonym „bitmix“ bei der rechten Internet-Partei FUN innerhalb der Politsimulation „Dol2Day“ mit. Jüngst rühmte sich Schilling, dass er als ehemaliger Soldat im Panzerspähtrupp eine „erstklassige Ausbildung“ genossen habe – „Nahkampf und Sprengunterricht eingeschlossen.“ Einem Andersdenkenden drohte er mit den Worten: „Glauben Sie mir, solche Leute wie Sie hätten wir bei passender Gelegenheit ‘weggepustet’!“. Der KGH geht auf einen Leserkreis der „Jungen Freiheit“ zurück, der Anfang 1992 gegründet wurde. Nach Eigenangaben referierten bisher beim KGH unter anderen Hans-Ulrich Kopp, Klaus Kunze, Franz Uhle-Wettler, Karlheinz Weißmann und Michael Wiesberg.

■ **Harsefeld** – Bei den Kommunalwahlen in Niedersachsen hat die Wählergemeinschaft Bündnis Rechte, die nach Angaben des Verfassungsschutzes in Hannover „von der NPD gesteuert“ wird, ihr einziges Mandat im Kreistag von Stade verloren. Mit 1,5 Prozent der Wählerstimmen büßten sie gegenüber 1996 0,2 Prozent ein. In der Samtgemeinde Harsefeld, woher elf ihrer 16 Kandidaten stammen, erreichten die Rechten 3,3 Prozent. 44 Wähler verschafften ihnen im Ortsteil Wangersen 15,3 Prozent.

■ **Melbeck** – Das Waffen-SS-treue „Kameradenwerk Korps Steiner e.V.“ hat eine Broschüre mit dem Titel „Einsatz für Europa – Europäische Freiwillige im Zweiten Weltkrieg auf deutscher Seite“ veröffentlicht. Einer der Autoren ist der Ritterkreuzträger und pensionierte Oberst a.D. Eberhard Heder, der die Bundeswehr mit aufbaute. In dem Machwerk heißt es: „Das heute angestrebte ‘Vereinigte Europa’ wurde schon damals im Kampf gegen den Bolschewismus geboren und durch Norweger, Schweden, Dänen, Finnen, Esten und Letten, Niederländer und Flamen, Wallonen und Franzosen, durch Volksdeutsche aus dem Südosten Europas, und durch deutsche, Schweizer und österreichische Freiwillige verkörpert und vorgelebt.“ Vertrieben wird die Broschüre von Otto Dittmer aus Melbeck, dem Kassenleiter des „Kameradenwerkes“.

■ **Schwarzenborn/Südafrika (Pretoria)** – Der notorische Holocaustleugner Manfred Roeder aus dem hessischen Schwarzenborn hielt sich unlängst zu einer Vortragsveranstaltung in Pretoria auf. Roeder referierte Eigenangaben zufolge „in einer großen Halle voller Buren“. Deutschland, so Roeder, „ist die große Hoffnung“ der Buren, „wir sind Vorbild für den Kampf, den sie im eigenen Land führen müssen.“ Moderiert wurde die Veranstaltung von dem deutschen Rechtsextremisten Claus Nordbruch, der in Südafrika eine Farm bewirtschaftet, auf der auch immer wieder Neonazis aus Deutschland zugegen sind. Gastgeber von Roeder war ein Anton Hart.

■ **Würzburg** – Das „Deutsche Kolleg“ von Horst Mahler, Uwe Meenen und Reinhold Oberlercher mit Postfachanschrift in Würzburg veranstaltet vom 26. bis 28. Oktober im Großraum Thüringen eine Schulung zum Thema „Marktwirtschaft“. Mit Datum vom 1. September hat das „Deutsche Kolleg“ ein mehrseitiges Papier zur „Reformation der NPD“ veröffentlicht. Um künftig „die Rolle der partei-

politischen Hilfstruppe“ der „nationalen Befreiungsbewegung der Deutschen“ zu spielen, wird die NPD aufgefordert, sich in „Nationale Partei Deutschlands“ (NPD) umzubenennen; der Wortbestandteil „demokratisch“ sei aus dem Parteinamen zu streichen. Stimmberechtigte Mitglieder der neuen NPD „können alle volkstreuen Bürger der BRD, Österreichs, Italiens, der Schweiz, Liechtenstein, Frankreichs, Luxemburgs, Belgiens, der Niederlande, Dänemarks, Polens, Rußlands, Litauens und Tschechiens werden“. In einem „Sozialpolitischen Notprogramm zur Rettung des Deutschen Volkes“ fordert das „Kolleg“ unter anderem die „Beendigung der Ausländerbeschäftigung und Entausländerung der Wohnbevölkerung in Deutschland!“.

Ausland

■ **Österreich (Klagenfurt)** – Georg Berndt Oschatz (Jg. 1937), seit 1987 Direktor des Deutschen Bundesrates, von 1982 bis 1987 Kultusminister in Niedersachsen, wird am 7. Oktober die Festansprache beim „Ulrichsbergtreffen“ nahe der Stadt Klagenfurt halten. Zum teilnehmerstärksten Soldatentreffen Mitteleuropas versammeln sich alljährlich bis zu 2000 Veteranen aus dem In- und Ausland. Der Aufmarsch der Ewiggestrigen gilt als eines der größten Treffen früherer SS-Kameraden. Organisiert wird die Zusammenkunft von der „Ulrichsberggemeinschaft“, in der Funktionäre der SS-Veteranenorganisation „Kameradschaft IV“ tonangebend sind. Als Referent war Oschatz auch schon beim rechtsradikalen „Literaturkreis Baden e.V.“ (vormals: Leserkreis der „Jungen Freiheit“) zugegang.

■ **Österreich (Sirnitz)** – Vom 2. bis 7. Oktober finden auf Schloss Albeck in Sirnitz/Kärnten die 10. „Kärntner Kulturtage“, ausgerichtet vom Kulturwerk Österreich – Landesgruppe Kärnten statt. Das österreichische Bundesministerium des Inneren zählt in seinem Jahreslagebericht die „Kulturtage“ zu den jährlich stattfindenden erwähnenswerten rechtsextremen Veranstaltungen mit internationaler Beteiligung. Aus der Bundesrepublik nehmen in diesem Jahr unter anderen als Referenten teil: Alfred Mechttersheimer, Harald Neubauer, Rolf Kosiek, Rigolf Hennig, Walter Post, Konrad Pingel und Herbert Rauter. Aus Österreich werden neben anderen Otto Scrinzi, Walter Marinovic und Helmut Müller referieren. Inhaberin von Schloss Albeck ist die FPÖ-Politikerin Elisabeth Sickl, die bis Dezember 2000 als Sozialministerin der ÖVP/FPÖ-Koalition amtierte. Gegründet wurde das Kultur-

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

DDVG • Stresemannstr. 30 • 10963 Berlin
PVSt, DPAG, „Entgelt bezahlt“, A 13861
Heft 19-2001 / Abo 5292719000

###9

Antifaschistisches Pressearchiv
und Bildungszentrum Berlin e. V.
Falkensteinstr. 46
10997 Berlin

werk Österreich 1992 als Abspaltung vom Deutschen Kulturwerk Europäischen Geistes.

■ **Österreich (Wien)** – Perfide Verschwörungstheorien zu den Terrorakten in den USA liefert per Mailingliste der österreichische rechtsextreme „Ostara-Pressedienst“ („b-forum“) des Neonazis Frank Swoboda (s. BNR 12/00). Demnach stecke hinter den Aktionen der US-amerikanische Präsident Bush, der von den „Juden-Israelis“ gesteuert werde. Mit „dem hausgemachten Massaker sucht Bush und das offizielle Amerika einen Grund, endlich den langersehten 3. Weltkrieg beginnen zu können.“ Henry Kissinger wird als „Kriegstreiber“ und „jüdisches Charakterschwein“ diffamiert.

Impressum

Verlag:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-130, Fax 25594-192

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
e-mail: nandlinger@bnr.de
Internet: <http://www.bnr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
Heiner Lichtenstein (Köln)

Layout:

DDVG mbH, Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
38112 Braunschweig

Erscheint 14tägig, Bezug nur im Abonnement
Preis DM 125,- jährlich, zzgl. Porto.

Für Schüler, Studenten, Jugendorganisationen und
-verbände sowie gemeinnützige Vereine zum
Vorzugspreis von DM 64,- zzgl. Porto,
Nachweis erforderlich!

Probeabonnement (6 Hefte), Preis DM 20,- inkl. Porto.